

Landesjugendring SH e. V. • Holtenauer Straße 99 • 24105 Kiel

Frau  
Katja Rathje-Hoffmann,  
Vorsitzende des Sozialausschusses  
per Mail: [sozialausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:sozialausschuss@landtag.ltsh.de)

Kiel, 26.04.2024

## **Stellungnahme zur Anhörung des Sozialausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

### **Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen Menschen gewährleisten, Drucksache 20/781 (neu) Kinderarmut wirksam bekämpfen, Drucksache 20/875**

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die antragstellenden Fraktionen sind sich glücklicherweise darin einig, dass Kinderarmut ein Problem darstellt, dem dringend begegnet werden muss, um den Armutsteufelskreis aufzubrechen. Zu den negativen Folgen von Armut verweist der Landesjugendring auf die Vielzahl vorhandener Veröffentlichungen. Armut kann für die Altersgruppe junger Menschen noch beschwerender sein als für Erwachsene, weil junge Menschen dem Druck seitens der Peergroup (Markenkleidung und andere Konsumgüter, Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten etc.) besonders ausgesetzt sind. Armut steht der Chancengleichheit entgegen und kann zu Stigmatisierung und Isolation führen.

Der Landesjugendring plädiert in diesem Zusammenhang für die Verwendung der Begrifflichkeit „Kinder- und Jugendarmut“, um klarzustellen, dass es nicht nur um (in Familien lebende) Kinder geht. Kinderarmut ist in der gesellschaftlichen Debatte präsent, Jugendarmut weniger.<sup>1</sup> Junge Menschen bis 25 Jahren sind deutlich häufiger von Armut betroffen als alle anderen Altersgruppen (unter 18 Jahren etwa 21 %, 18-25 Jahre etwa 25 %).<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang fordert der Landesjugendring, im Rahmen der Sozialberichterstattung neben dem Thema Kinderarmut ebenfalls das Thema Jugendarmut zu erfassen.

Auch wenn die Intention der oben genannten Anträge ähnlich ist, passiert in der Praxis zu wenig bei der Armutsbekämpfung – auch auf Landesebene. Der Landesjugendring stellt sich hinter den Gemeinsamen Appell des Ratschlags Kinderarmut (<https://t.ly/oPLCe>) und fordert wie die Nationale Armutskonferenz:

---

<sup>1</sup> Vgl. Professor Dr. Christoph Butterwegge: <https://www.dbjr.de/artikel/jugendarmut-als-vernachlaessigtes-problem-im-oeffentlichen-und-sozialpolitischen-fachdiskurs>

<sup>2</sup> vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Alter im Jahr 2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/419433/umfrage/armutsgefuehrungsquote-in-deutschland-nach-alter/>

- Die Höhe eines einheitlichen Existenzminimums, das materielle Grundbedürfnisse und Bildung und Teilhabe sichert, muss sauber ermittelt werden. Der Betrag muss für alle Kinder und Jugendlichen einfach und unbürokratisch ausgezahlt werden.
- Leistungen müssen einfacher und transparenter gestaltet sein, sodass der Zugang für die Berechtigten verbessert wird.
- Für arme Kinder und Jugendliche sowie für ihre Familien ist die Infrastruktur vor Ort besonders wichtig. Sie muss gestärkt und der Zugang zu ihr sichergestellt werden.

Für die Bundesebene gilt: Der Landesjugendring begrüßt, dass endlich eine Kindergrundsicherung eingeführt werden soll. Insbesondere Bildungs- und Teilhabegutscheine sind kein ausgereiftes Instrument. Die Schlechterstellung von 15- bis 18-jährigen durch Ausnahmen beim Mindestlohn ist diskriminierend und muss abgeschafft werden (vgl. Stellungnahme des LJR zum Antrag Mindestlohn (<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrucke/01700/umdruck-20-01760.pdf>)). Junge Menschen haben ein Recht auf Auszug in eine (warme) Wohnung und müssen sich gesund ernähren können. Sanktionen gegen junge Arbeitslose wie der Zwang, bis 25 Jahre im gleichen Haushalt wie die Eltern zu leben, müssen abgeschafft werden. Sie tragen nicht zur Arbeitsaufnahme bei, sondern verstärken die Armut junger Menschen. Bildung darf in jungen Jahren nicht dadurch verhindert werden, dass Geld verdient werden muss, denn u. a. Bildung schafft einen Weg aus der Armut.

Die Lösung des Problems nur auf die Bundesebene zu verlagern, greift allerdings zu kurz – auch die Landesebene muss tätig werden. Zur Verbesserung der Chancengleichheit müssen Schulen elternhausunabhängiges Lernen ermöglichen (u. a. durch Abschaffung von Hausaufgaben), und es muss eine vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit geben. Digitale Teilhabe muss gewährleistet werden. Für über 18-jährige müssen mehr einfach zugängliche Wege zum Schulabschluss geschaffen werden, denn das Armutsrisiko steigt bei jungen Menschen mit Migrationsbiografien (z. B. junge Geflüchtete) sowie mit geringer beruflicher Qualifikation. Bei Bedarf müssen Jugendhilfeeinrichtungszeiten verlängert und andere niedrigschwellige Hilfen angeboten werden.

Jugendarbeit in Jugendverbänden und Offenen Einrichtungen ermöglicht soziale Teilhabe, Persönlichkeitsentwicklung und Erholung außerhalb der Familie in einem im Vergleich zur Schule häufig heterogeneren und weniger belasteten sozialen Setting. Langjährige Initiativen wie „Kein Kind ohne Ferienerholung“ des Landesjugendrings oder „Kein Kind ohne Sport“ der Sportjugend setzen hier an. Damit erfüllt Jugendarbeit eine wichtige Rolle bei der Prävention und Bekämpfung von Armut und ihren Folgen und gehört zu der oben genannten Infrastruktur vor Ort. Auch Beratungsmöglichkeiten sind Teil davon. Hierfür müssen Ehrenamtliche gestärkt und fortgebildet werden, um auf arme und armutsgefährdete Kinder und Jugendliche proaktiv zugehen zu können.

Im Antrag „Kinderarmut wirksam bekämpfen“ wird darauf hingewiesen, dass bereits Mittel für Jugendarbeit bereitgestellt wurden. Dies bezieht sich auf die Erhöhung der Mittel der Verbände für die Finanzierung der 17 landesweiten Bildungsreferent\*innenstellen und von Maßnahmen im Bereich Kinderschutz. 2024 wurden darüber hinaus dankenswerterweise weitere Gelder für die Tarifkostensteigerungen bei den Bildungsreferent\*innen und zur Gewinnung neuer Ehrenamtlicher zur Verfügung gestellt. Die Förderung der eigentlichen Angebote der Jugendarbeit profitiert hiervon jedoch nur indirekt und ist nach wie vor – insbesondere vor dem Hintergrund der stark gestiegenen Kosten – nicht auskömmlich. Die Finanzierungslücken müssen entsprechend durch deutlich steigende Teilnahmebeiträge aufgefangen werden. Dies wirkt dem Anspruch der Jugendverbände entgegen, allen, auch armen Kindern und Jugendlichen, die Teilnahme z. B. an Ferienfreizeiten kostengünstig und niedrigschwellig zu ermöglichen. Um die präventive Funktion von Jugendarbeit zu stärken, müssen sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Eine Vereinfachung der Ferienwerksrichtlinie unterstützt der Landesjugendring ausdrücklich. Dass Mittel nicht abgerufen werden, liegt nicht am mangelnden Bedarf, sondern am Verteilungsverfahren. Der Landesjugendring hat dem Sozialministerium dazu in den letzten Jahren wiederholt Vorschläge unterbreitet (s. Anhörungen zur Richtlinie).

Der Landesjugendring unterstützt im Übrigen die in den Anträgen gestellten Forderungen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jochen Wilms  
Vorsitzender des Landesjugendrings Schleswig-Holstein e. V.